

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

IV. Quartal 2014

Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2014

Die nach den Wahlen neu konstituierte Europäische Kommission nimmt für die Periode 2014/2019 die Arbeit auf. Der Banken-Stresstest weist 25 der 130 geprüften europäischen Banken als problematisch aus. Eine der fünf geprüften österreichischen Banken erfüllt die Anforderungen nicht. Mit dem Beginn der Überwachung der 120 systemrelevanten Banken des Euro-Raumes durch die EZB ist die erste Säule der Bankenunion umgesetzt. Im Zuge der jährlichen Begutachtung der Budgetpläne für das kommende Haushaltsjahr sieht die Kommission für Belgien, Frankreich, Italien, Malta, Österreich und Spanien eine Gefahr der Verletzung des Stabilitätspaktes. Während die Europäische Zentralbank beginnt Asset Backed Securities anzukaufen, beendet die Notenbank der USA diese expansiv wirkenden Programme. Der wirtschaftspolitische Kurs Japans wird durch die Wiederwahl von Ministerpräsident Abe bestätigt, eine weitere Erhöhung der Konsumsteuer ist jedoch in Frage gestellt. In Griechenland werden im kommenden Jahr vorgezogene Neuwahlen stattfinden. – Auf Grund des starken Engagements der heimischen Finanzinstitute in Südost- und Osteuropa und der damit verbundenen Risiken rät die OeNB, die Kernkapitalquote zu erhöhen. Der Bericht der Untersuchungskommission zur Aufklärung der Vorkommnisse rund um die Hypo Group Alpe-Adria AG zeichnet die Fehlentwicklungen und Fehlleistungen auf allen Entscheidungsebenen auf. Grundlage der Pläne zu einer Steuerreform, die noch vor dem Sommer 2015 im Parlament beschlossen werden soll, ist der Bericht der Steuerreformkommission.

Calendar of Economic Events. Fourth Quarter 2014

The European Commission, newly constituted after the EU elections, has been launching its work for the period of 2014-2019. The bank stress test shows that 25 of the 130 European banks tested are in a problematic situation. One of the five Austrian banks tested does not meet the requirements. With the 120 system-relevant banks in the euro area monitored by the ECB, the first pillar of the banking union has been set up. When performing its annual check of the budget plans for the next household year, the Commission perceives the risk of violation of the stability pact in Austria, Belgium, France, Italy, Malta and Spain. While the European Central Bank has started to buy asset-backed securities, the US Fed is terminating its own expansive programmes. Japan's economic policy is confirmed by the re-election of Prime Minister Abe, but another increase of the consumption tax is being questioned. In Greece, elections are advanced to 2015. – Due to the strong commitment of Austrian banks in south-eastern and eastern Europe and the attendant risks, the *Oesterreichische Nationalbank* advises increasing the core capital ratio. The report of the commission investigating the occurrences involving Hypo Group Alpe-Adria AG highlights the errors and blunders at all levels of decision-making. The plans for a tax reform to be adopted by Austrian Parliament before the summer of 2015 are based on the work of the tax reform commission.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Angelina.Keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 31. Dezember 2014

Begutachtung: Christian Glocker, Franz R. Hahn, Margit Schratzenstaller

1. Ausland

2. Oktober: Die Europäische Zentralbank gibt die operativen Modalitäten der Programme¹⁾ zum Ankauf von Asset Backed Securities und gedeckten Schuldverschreibungen bekannt. Das Ankaufsprogramm, das eine weitere Lockerung der Geldpolitik bewirken soll, wird ab der zweiten Oktoberhälfte über mindestens zwei Jahre erfolgen, um die Transmission der Geldpolitik zu verbessern und die Kreditversorgung der Wirtschaft im Euro-Raum zu unterstützen. Für Griechenland und Zypern werden besondere Regeln mit risikomindernden Maßnahmen gelten, da die Länder auf-

EZB: Anleihekaufprogramm

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2014", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(10), S. 687, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/47509>.

grund ihrer Bonitätseinstufung derzeit nicht notenbankfähig sind. Ziel ist, die Inflationsrate nahe an die Marke von 2% anzuheben.

Italien: Konjunkturprogramm

15. Oktober: Zur Überwindung der Rezession verabschiedet die italienische Regierung ein Steuer- und Konjunkturprogramm im Umfang von 36 Mrd. € (2015/2018), das Steuererleichterungen von 18 Mrd. € vorsieht. Zur Steigerung der Einnahmen sind ein verstärktes Vorgehen gegen die Steuerhinterziehung (3,8 Mrd. €) sowie weitere Steuern auf Glücksspielautomaten und Kapitalerträge (4,6 Mrd. €) vorgesehen. In der öffentlichen Verwaltung sollen 15 Mrd. € und über Ausgaben senkungen 4 Mrd. € eingespart werden. Die Gesamtverschuldung Italiens liegt über 130% des BIP. Die Europäische Kommission erwartet für 2014 ein Haushaltsdefizit von 3% des BIP und für 2015 von 2,7%.

Russland: Rating

18. Oktober: Die Ratingagentur Moody's senkt die Bonitätsnote für russische Staatsanleihen um eine Stufe auf Baa2 mit negativem Ausblick.

Europäisches Parlament

22. Oktober: Das Europäische Parlament wählt mit 423 Stimmen und 209 Gegenstimmen sowie 67 Enthaltungen die Mitglieder der neuen Europäischen Kommission für den Zeitraum 2014/2019.

EU: Treibhausgasemissionen

23.-24. Oktober: Die Delegierten des Europäischen Rates einigen sich auf einen Klimarahmen bis 2030 und setzen gemeinsame Ziele fest. Alle EU-Länder sollen demnach die Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 um mindestens 40% senken, aufbauend auf dem geltenden Ziel einer Verringerung um 20% bis 2020. Die Verknappung von Emissionszertifikaten des Emissionshandelssystems ETS wird in den eingebundenen Sektoren zur Senkung beitragen. Für die anderen Sektoren werden für die einzelnen Länder unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Ziele zur Verringerung der Treibhausgasemissionen festgelegt. Der Anteil der erneuerbaren Energie am Energieverbrauch muss bis 2030 27% erreichen. Die Mitgliedsländer können ehrgeizigere Ziele setzen, die sie unter Einhaltung der Regeln für staatliche Beihilfen unterstützen dürfen. Die Energieeffizienz wird in der Europäischen Union bis 2030 um 27% verbessert. Dieses Ziel wird 2020 überprüft und möglicherweise auf 30% erhöht.

EU: Ebola-Epidemie

Als Mitglied der Europäischen Kommission wird Christos Stylianides die Koordination der Maßnahmen zur Abwehr der Ebola-Epidemie in der EU übernehmen.

EU: Krim

Der Europäische Rat bekräftigt, die Annexion der Krim nicht anzuerkennen, und fordert die russische Föderation auf, den gemeinsamen Friedensplan entsprechend dem Protokoll von Minsk²⁾ vollständig umzusetzen.

EZB: Stresstest

26. Oktober: Die Europäische Zentralbank veröffentlicht die Ergebnisse des Banken-Stresstests. 25 der 130 geprüften Geldinstitute halten demnach den Stressszenarien nicht stand. Die 25 als problematisch ausgewiesenen Institute weisen eine Kapitaldeckungslücke von 25 Mrd. € auf; 12 von ihnen haben die notwendige Erhöhung des Kapitals (insgesamt 15 Mrd. €) bereits durchgeführt. Von den geprüften österreichischen Banken bestanden Erste Group Bank AG, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, BAWAG P.S.K., Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien die Prüfung, nur die Österreichische Volksbanken AG weist eine Kapitaldeckungs-lücke von 865 Mio. € im Jahr 2016 aus; die Bank erfüllt allerdings derzeit die regulatorischen Erfordernisse und befindet sich bereits in einem Restrukturierungsprozess.

Ukraine: Parlamentswahlen

In der Ukraine finden vorgezogene Parlamentswahlen statt. Die Proeuropäischen Parteien erlangen die Mehrheit.

Fed: Anleihekaufprogramm

29. Oktober: Der Offenmarktausschuss der Notenbank der USA bezeichnet die Volkswirtschaft der USA als solide und wird das Anleihekaufprogramm einstellen. Die Leitzinssätze werden seit geraumer Zeit bei 0% bis 0,25% gehalten. Die Inflationsrate bleibt unter dem Zielwert von 2%.

²⁾ Das Protokoll von Minsk ist ein 12-Punkte-Programm, das den Krieg in der ostukrainischen Region Donbass beenden soll. Es wurde im September 2014 von Vertretern der Ukraine, des Donbass, der OSZE und Russlands unterzeichnet.

1. November: Die neue Europäische Kommission nimmt für die Amtszeit von 2014 bis 2019 die Arbeit auf. Folgende Persönlichkeiten gehören ihr an:

Jean-Claude Juncker (Präsident),
 Frans Timmermans (erster Vizepräsident; Verbesserung der Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechtecharta),
 Federica Mogherini (Vizepräsidentin; hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik),
 Kristalina Georgieva (Vizepräsidentin; Haushalt und Personal),
 Andrus Ansip (Vizepräsident; digitaler Binnenmarkt),
 Maroš Šefčovič (Vizepräsident; Energieunion),
 Valdis Dombrovskis (Vizepräsident; Euro und sozialer Dialog),
 Jyrki Katainen (Vizepräsident; Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit),
 Günther Oettinger (Kommissar; digitale Wirtschaft und Gesellschaft),
 Johannes Hahn (Kommissar; europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen),
 Cecilia Malmström (Kommissarin; Handel),
 Neven Mimica (Kommissar; internationale Zusammenarbeit und Entwicklung),
 Miguel Arias Cañete (Kommissar; Klimapolitik und Energie),
 Karmenu Vella (Kommissar; Umwelt, Meerespolitik und Fischerei),
 Vytenis Andriukaitis (Kommissar; Gesundheit und Lebensmittelsicherheit),
 Dimitris Avramopoulos (Kommissar; Migration, Inneres und Bürgerschaft),
 Marianne Thyssen (Kommissarin; Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität),
 Pierre Moscovici (Kommissar; Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll),
 Christos Stylianides (Kommissar; humanitäre Hilfe und Krisenmanagement),
 Phil Hogan (Kommissar; Landwirtschaft und ländliche Entwicklung),
 Jonathan Hill (Kommissar; Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion),
 Violeta Bulc (Kommissarin; Verkehr),
 Elżbieta Bieńkowska (Kommissarin; Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum, Klein- und Mittelbetriebe),
 Věra Jourová (Kommissarin; Justiz, Verbraucher und Gleichstellung),
 Tibor Navracsics (Kommissar; Bildung, Kultur, Jugend und Sport),
 Corina Crețu (Kommissarin; Regionalpolitik),
 Margrethe Vestager (Kommissarin; Wettbewerb),
 Carlos Moedas (Kommissar; Forschung, Wissenschaft und Innovation).

2. November: Der UNO-Klimarat präsentiert den Synthesebericht des 5. Klima-Berichtes. Ab einer weltweiten Klimaerwärmung um mehr als 2° C gegenüber dem Durchschnitt 1850/1900 werden gefährliche Klimafolgen erwartet. Um unter der 2-Grad-Marke zu bleiben, müssten die weltweiten Treibhausgasemissionen zwischen 2010 und 2050 um 40% bis 70% sinken. Derzeit liegen sie auf einem Höchstniveau.

4. November: Die europäische Bankenaufsicht überwacht ab 4. November die größten 120 Banken und Bankengruppen des Euro-Raumes. Die gemeinsamen Aufsichtsteams (Joint Supervisory Teams) setzen sich aus Aufsehern der EZB und der nationalen Bankenaufsicht zusammen.

5. November: Dokumente werden veröffentlicht, in denen die luxemburgische Steuerbehörde verbindliche Steuervorbescheide über die Akzeptanz von Firmenkonstruktionen zum Zweck der Steuerersparnis von Konzernen ausgestellt hat ("Lux Leaks"). Seit 2002 haben internationale Konzerne von dieser Steuerpraktik profitiert. Der Präsident der Europäischen Kommission, Juncker, war von 1989 bis Juli 2009 Finanzminister und von 1995 bis Dezember 2013 Premierminister von Luxemburg.

Europäische Kommission

UNO-Klimarat

EU: Bankenaufsicht

Luxemburg: "Lux Leaks"

Deutschland: Streik

5.-10. November: Ein mehrtägiger Streik der Lokführer der Deutschen Bahn bringt erhebliche Störungen im Bahnverkehr mit sich. Mit dem längsten Streik in der Geschichte der Deutschen Bahn fordern die Lokführer eine Lohnerhöhung um 5% bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung.

EU-Haushalt: Nachzahlungen

7. November: Die Finanzminister der EU-Länder einigen sich über Konditionen für die Nachzahlungen einiger Mitgliedsländer zum EU-Haushalt. Sie vereinbaren eine Aufschubung der Zahlungen bis 1. September 2015. Die offenen Forderungen machen 2014 9,5 Mrd. € aus. Sie ergeben sich aufgrund der Differenz zwischen dem prognostizierten und dem realisierten Bruttonationalprodukt der Mitgliedsländer. Großbritannien muss auch ausstehende Zahlungen aus früheren Jahren begleichen (insgesamt 2,1 Mrd. €). Eine Änderung der Verordnung wird künftig für hohe Nachzahlungen einen Aufschub ermöglichen.

Russland: Rubelbindung

10. November: Die russische Notenbank hebt den Korridor für den Rubel gegenüber einem Währungskorb von Dollar (55% des Währungskorbes) und Euro (45%) auf.

EUGH: Diskriminierungsverbot

11. November: Gemäß einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes können nicht-erwerbstätige Staatsangehörige eines EU-Landes, die sich allein mit dem Ziel, in den Genuss von Sozialhilfe zu kommen, in ein anderes Mitgliedsland begeben, von bestimmten Sozialleistungen ausgeschlossen werden. Ohne ausreichende Existenzmittel könne kein Aufenthalt geltend gemacht werden, das Diskriminierungsverbot im Sinne des EU-Rechtes sei daher nicht anzuwenden.

APEC: Zollabbau

12. November: Auf dem Gipfeltreffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) beschließen die USA und China den Abbau von Zollschranken auf IT-Produkte. Die Übereinkunft ist eine wesentliche Voraussetzung für weitere Verhandlungen über das Information Technology Agreement (ITA) in Genf. Die Vertreter von 21 Ländern wollen die Umsetzung eines Freihandelsabkommens in dieser Region (FTAAP) vorantreiben.

G 20: Brisbane Action Plan

15.-16. November: Die Staats- und Regierungsoberhäupter der G-20-Länder geben der Steigerung des Weltwirtschaftswachstums zur weltweiten Verbesserung des Lebensstandards und Schaffung qualitätsvoller Arbeitsplätze höchste Priorität. Der gemeinsam verabschiedete "Brisbane Action Plan" beschreibt eine wirtschaftspolitische Strategie, die das weltweite BIP bis 2018 um 2% steigern soll. Die Ausweitung der öffentlichen und privaten Investitionen in Infrastrukturprojekte sowie die Intensivierung von Handel und Wettbewerb sollen zusätzliches Wachstum generieren. Die beteiligten Länder fordern eine Verbesserung der Transparenz in Steuerfragen, etwa steuerliche Vorbescheide, und des Informationsaustausches, um die Initiative gegen Steuervermeidung zu unterstützen. Neben der offiziellen Agenda werden die Krise in der Ukraine und der Klimawandel diskutiert.

Australien, China:
Freihandelsabkommen

17. November: Australien und China schließen ein Freihandelsabkommen ab, das in den nächsten 11 Jahren die Zölle auf Agrarprodukte (derzeit 20% bis 30%) aufhebt. China wird dem australischen Dienstleistungssektor (Banken, Versicherungen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen) den Zugang zu seinem Markt erleichtern. Der Außenhandel zwischen den beiden Ländern wuchs zwischen 2001 und 2013 von 9 Mrd. AUD auf 95 Mrd. AUD.

China: Zinssatzsenkung

21. November: Die chinesische Notenbank senkt den Leitzinssatz für die Kreditvergabe um 0,4 Prozentpunkte auf 5,6% und den Zinssatz für Spareinlagen um 0,25 Prozentpunkte auf 2,75%, um der Konjunkturabschwächung (erwartetes BIP-Wachstum 2014 +7,4%) bei niedriger Inflation (Oktober 2014: 1,6%) entgegenzuwirken.

EU: Investitionsoffensive

26. November: Kommissionspräsident Juncker stellt eine Investitionsoffensive für Europa vor (COM/2014/0903 final), die ab Mitte 2015 bis Ende 2017 ein Investitionsvolumen von 315 Mrd. € generieren soll. Bei der Europäischen Investitionsbank EIB wird ein Europäischer Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) von 21 Mrd. € angesiedelt. Davon werden 5 Mrd. € aus nicht benötigten Reserven der EIB und 16 Mrd. € in Form von Garantien aus dem EU-Haushalt zur Verfügung stehen; 8 Mrd. € sind zur Absicherung reserviert, falls alle Projekte gleichzeitig scheitern würden. Mit diesem Fonds können 63 Mrd. € auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden, um Projekte mit Krediten, Beteiligungen und Garantien zu unterstützen. Der EFSI soll nicht für Zuschüsse verwendet werden, er soll Projekte nur teilfinanzieren, jedoch wird der Fonds

etwaige Erstverluste abdecken, um das Risiko anderer Investoren zu verringern. Dadurch sollen private Investitionen von 250 Mrd. € mobilisiert werden. Der mit 21 Mrd. € dotierte Fonds soll das 15-fache Investitionsvolumen von 315 Mrd. € bewirken. Einer Arbeitsgruppe liegen bereits 2.000 zu prüfende Projekte vor. EU-Länder können zusätzliche Beiträge an den EFSI leisten, die im Falle eines drohenden Verfahrens wegen übermäßigen Defizits berücksichtigt werden.

27. November: Anlässlich des Treffens in Wien belassen die Vertreter der OPEC-Länder die Deckelung der Förderquoten mit 30 Mio. Barrel pro Tag unverändert. Rohöl kostet mit unter 70 \$ je Barrel weniger als 2010.

Mit großer Mehrheit lehnen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments einen Misstrauensantrag gegen Kommissionspräsident Juncker wegen der "Lux-Leaks-Affäre" ab.

28. November: In der jährlichen Beurteilung der Budgetpläne der Euro-Länder für 2015 werden Belgien, Frankreich, Italien, Malta, Österreich, Portugal und Spanien wegen drohender Verletzung des Stabilitätspaktes hervorgehoben. Die Europäische Kommission will Anfang März 2015 prüfen, ob weitere Schritte im Rahmen eines Defizitverfahrens gegen Frankreich, Italien und Belgien notwendig sind.

30. November: In der Schweiz werden drei Volksinitiativen abgelehnt: Die Gold-Initiative hätte die Schweizer Nationalbank verpflichtet, einen größeren Teil ihrer Reserven in Gold zu halten. Der Goldbestand von derzeit rund 1.000 t wäre verdreifacht worden. Die Volksinitiative "Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" hätte die Zuwanderung in Relation zur Einwohnerzahl der Schweiz begrenzt. Die Volksinitiative "Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre" forderte die Abschaffung der Pauschalbesteuerung für nicht erwerbstätige wohlhabende ausländische Staatsangehörige.

1.-13. Dezember: In Lima findet die UNO-Klimakonferenz statt. Das Dokument "Lima Call for Climate Action" sieht den Abschluss eines Klimaabkommens anlässlich der Tagung in Paris 2015 vor, das 2020 in Kraft treten soll.

2. Dezember: Der russische Präsident Putin kündigt an, das Pipeline-Projekt South Stream einzustellen. Die OMV AG ist ein Partner des Projektes, die voestalpine AG zählt zu den potentiellen Auftragnehmern dieses Bauvorhabens.

E.On, der größte deutsche Energiekonzern, kündigt an, die Produktion konventioneller Energie aus Kernkraft-, Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerken bis Mitte 2016 in ein neues, börsennotiertes Unternehmen zu transferieren und selbst nur die verbleibenden Geschäftsfelder erneuerbare Energie, Stromnetz und Dienstleistung für den Kunden zu betreiben.

3. Dezember: Der italienische Senat verabschiedet ein Gesetz zur Reform des Arbeitsmarktes, das mit 1. Jänner 2015 in Kraft tritt und eine Lockerung des Kündigungsschutzes für neue Arbeitsverträge vorsieht.

5. Dezember: Die Rating Agentur Standard & Poor's setzt die Bonität für italienische Staatsanleihen von BBB auf BBB- herab; diese Bewertung liegt nur eine Stufe über dem "Non-Investment Grade".

8. Dezember: Die Finanzminister der Euro-Länder beschließen, das Hilfsprogramm für Griechenland aus der EFSF um zwei Monate bis Ende Februar 2015 zu verlängern. Wegen der Differenzen über den Staatshaushalt und die Strukturreformen wurde die Überprüfung durch die Troika nicht abgeschlossen; die Bewertung ist die Voraussetzung für die Auszahlung der letzten Kredittranche von 1,8 Mrd. € und für ein mögliches Anschlussprogramm.

10. Dezember: Für seine Analyse von Marktmacht und Regulierung erhält der Franzose Jean Tirole den "Preis der Schwedischen Reichsbank in Wirtschaftswissenschaft zur Erinnerung an Alfred Nobel".

11. Dezember: Die deutsche Bundesregierung beschließt die Einführung einer Frauenquote von mindestens 30% in den 108 börsennotierten deutschen Unternehmen ab 2016. 2017 müssen Aufsichtsrat, Vorstand und Management mittelgroßer Unternehmen über die Umsetzung in der Postenvergabe berichten. Sanktionen bei Nichteinhaltung sind nicht vorgesehen.

OPEC: Förderquoten

Europäisches Parlament:
Misstrauensantrag

EU: Stabilitätspakt

Schweiz: Volksinitiativen

UNO-Klimakonferenz

Russland: Pipeline South
Stream

Deutschland: Energie-
versorgung

Italien: Arbeitsmarktreform

Italien: Rating

Griechenland: Hilfspro-
gramm

"Wirtschafts-Nobelpreis"

Deutschland: Frauenquote

Japan: "Abenomics"

14. Dezember: Bei vorgezogenen Neuwahlen hält die japanische Regierungskoalition unter Ministerpräsident Abe ihre Zweidrittelmehrheit. Abes Wirtschaftspolitik "Abenomics", basierend auf expansiver Geldpolitik, kreditfinanzierter Konjunkturpolitik sowie Systemreformen und Deregulierungsmaßnahmen, soll Japan aus der langen Periode geringen Wachstums herausführen. Die Anhebung des Konsumsteuersatzes, die 2012 vor Abes Amtszeit beschlossen wurde, deren erste Etappe (von 5% auf 8%) im April 2014 umgesetzt wurde und deren zweite Etappe (von 8% auf 10%) im Oktober 2015 folgen sollte, könnte nun angesichts der Rezession entgegen den Zielvorgaben des Staatshaushaltes gestoppt werden – im II. Quartal 2014 schrumpfte das BIP im Vorjahresvergleich um 7,1%.

EU-Haushalt

17. Dezember: Das Europäische Parlament verabschiedet den EU-Haushalt, der für 2015 Ausgaben von 141 Mrd. € budgetiert. 2014 wird eine Aufstockung um 3,5 Mrd. € gebilligt.

Deutschland: Erbschaftsteuer

Nach einer Entscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichtes ist die Privilegierung des Betriebsvermögens hinsichtlich der Erbschaftsteuer in ihrer derzeitigen Ausgestaltung nicht in jeder Hinsicht mit der Verfassung vereinbar. Die Vorschriften sind weiter anzuwenden, doch muss der Gesetzgeber bis 30. Juni 2016 eine Neuregelung treffen.

EU: Europäischer Fonds für strategische Investitionen

18. Dezember: Auf der Tagung des Europäischen Rates wird die Errichtung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) beschlossen, der in der Europäischen Investitionsbank (EIB) eingerichtet wird und die laufenden EU-Projekte und Tätigkeiten der EIB ergänzt. Zwischen Mitte 2015 und Ende 2017 sollen 315 Mrd. € an Investitionen (Volumen oder Finanzierungshilfe) mobilisiert werden.

EU: Energieunion

Die Europäische Kommission wird aufgefordert, bis zur Tagung des Europäischen Rates im März 2015 einen Vorschlag für eine Energieunion vorzulegen. Der Europäische Rat schätzt das Freihandelsabkommen TTIP als vorteilhaft für die EU und die USA ein und strebt an, es bis Ende 2015 abzuschließen. Auf der Ratstagung im Juni 2015 werden ein Fortschrittsbericht über den automatischen Informationsaustausch von Steuerauskünften innerhalb der EU, über die Bekämpfung von Steuerumgehungen und aggressiver Steuerplanung sowie ein Bericht über die engere Koordination der Wirtschaftspolitik vorgelegt. Der Rat begrüßt die neue Regierung der Ukraine und bekräftigt, die Annexion der Krim durch Russland nicht anzuerkennen. Die Lage in der Ostukraine wird als äußerst besorgniserregend bezeichnet.

Schweiz: Frankenkurs

Um den Wechselkurs des Schweizer Franken bei 1,20 CHF je Euro halten zu können, gibt die Schweizer Nationalbank bekannt, ab 22. Jänner 2015 Guthaben auf Girokonten mit einem Zinssatz von -0,25% zu belasten.

Russland: Bankenfinanzierung

19. Dezember: Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, das ab 2015 die Rekapitalisierung der russischen Banken im Umfang von 16,5 Mrd. \$ ermöglicht. Die Sanktionen der EU und der USA gegen Russland und der Wertverlust des Rubels gegenüber westlichen Währungen erschweren den Banken die Finanzierung im Ausland.

Italien: Stabilitätsgesetz

22. Dezember: Das italienische Parlament beschließt ein Stabilitätsgesetz, das über Steuererleichterungen und Investitionen von 36 Mrd. € die schwache Konjunktur ankurbeln soll. Zur Gegenfinanzierung sind Einsparungen des Staates von 15 Mrd. €, die Aufnahme von Krediten im Ausmaß von 11 Mrd. € und ein härteres Vorgehen gegen Steuerflucht (4 Mrd. €) vorgesehen. Für 2015 werden das gesamtstaatliche Defizit mit 2,7% und die Staatsschuldenquote des Gesamtstaates mit 133,8% des BIP prognostiziert.

Russland: Rubelkurs

23. Dezember: Die russische Regierung versucht, dem Wertverlust des Rubels entgegenzuwirken. In einem Erlass werden Konzerne angewiesen, ihren Devisenbestand bis 1. März 2015 auf den Stand von 1. Oktober 2014 zu verringern. (Davon betroffen sind vor allem die Konzerne Gazprom, Rosneft und die Diamantenproduzenten Alrosa und Kristall.) Damit russische Unternehmen Fremdwährungsschulden bedienen können, nimmt die russische Notenbank Unternehmensanleihen als Sicherstellung an.

27. Dezember: Die japanische Regierung beschließt ein Konjunkturpaket von 3,5 Bio. Yen (35 Mrd. €). Durch die Unterstützung wirtschaftlich schwacher Regionen und niedriger Einkommen soll das Wachstum um 0,7 Prozentpunkte verstärkt werden.

Japan: Konjunkturpaket

29. Dezember: Nachdem in Griechenland in drei Wahldurchgängen keiner der Kandidaten für den Staatspräsidenten die nötige Mehrheit erhielt, wird das Parlament gemäß der Verfassung aufgelöst. Die Neuwahlen zum Parlament finden am 25. Jänner 2015 statt.

Griechenland: Neuwahlen

2. Österreich

15. Oktober: Österreich übermittelt im Rahmen der verstärkten Überwachung der Haushaltsgebarung im Euro-Währungsgebiet die Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung für 2015³⁾ an die Europäische Kommission. Das Defizit des gesamten öffentlichen Sektors gemäß Maastricht-Definition wird für 2014 mit 2,8% des BIP und für 2015 mit 1,9% des BIP ausgewiesen, der strukturelle Budgetsaldo wird für beide Jahre mit 1% des BIP angegeben. Für die Schuldenquote wird 2014 ein Wert von 86,5% und 2015 von 85,6% des BIP prognostiziert: Sie ist aufgrund der ESVG-Revision sowie der Einbeziehung der Verbindlichkeiten der KA Finanz AG um über 7 bzw. 8 Prozentpunkte höher als im mittelfristigen Bundesfinanzrahmen (April 2014) ausgewiesen. Für die Abbaugesellschaft der Hypo Group Alpe-Adria AG sind für 2014 ein schuldenstanderhöhender Effekt von 17,8 Mrd. € und ein defiziterhöhender Effekt von 4 Mrd. € berücksichtigt.

Haushaltsplanung 2015

Die Budgetvorausschau geht von einem realen BIP-Wachstum von 0,8% im Jahr 2014 und 1,2% 2015 sowie einem Wachstum des Potential-Outputs 2014 und 2015 von jeweils 1,1% aus.

27. Oktober: EU-Währungskommissar Jyrki Katainen kritisierte, die Budgetdaten der österreichischen Haushaltsplanung für 2015 stünden nicht im Einklang mit der mittelfristigen Haushaltsplanung. In seiner Antwort beschreibt Finanzminister Schelling zusätzliche Maßnahmen, die die Annäherung des strukturellen Defizits an das 2015 zu erreichende mittelfristige Budgetziel (MTO) von höchstens 0,45% des BIP ermöglichen sollen. Die angekündigten zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen erreichen ein Volumen von 0,3% des BIP und würden somit das strukturelle Defizit auf 0,7% des BIP senken.

Haushaltsplanung 2015:
Zusätzliche Konsolidierungs-
maßnahmen

4. November: Acht österreichische Geldinstitute stehen unter der europäischen Bankenaufsicht (BAWAG P.S.K., Erste Group Bank AG, Österreichische Volksbanken AG, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich sowie die österreichischen und Europa-zentralen zweier russischer Banken: Sberbank Europe AG, VTB Bank Austria AG). Unter lokaler Aufsicht verbleiben mehr als 550 Banken, auf die 40% der Bankenbilanzsumme entfallen.

Europäische Bankenaufsicht

28. November: In ihrer Stellungnahme zur Übersicht über Österreichs Haushaltsplanung (SWD(2014) 8811 final) vertritt die Europäische Kommission die Auffassung, Österreichs Staatshaushalt, der derzeit der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der Übergangsregelung für den Schuldenabbau unterliegt, berge das Risiko eines Verstoßes gegen die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Insbesondere drohe nach Berücksichtigung der im Oktober 2014 angekündigten Maßnahmen sowohl auf der Grundlage des strukturellen Saldos als auch auf der Grundlage des Ausgabenrichtwertes im Zeitraum 2014/15 eine erhebliche Abweichung vom Anpassungspfad zur Erreichung des mittelfristigen Budgetziels (MTO). Österreich habe zudem hinsichtlich des strukturellen Teils der im Rahmen des Europäischen Semesters 2014 vom Rat ausgesprochenen haushaltspolitischen Empfehlungen begrenzte Fortschritte erzielt. Die Europäische Kommission ruft die Regierung daher zur Beschleunigung der Umsetzung auf und ersucht, im Rahmen

Haushaltsplanung

³⁾ Bundesministerium für Finanzen, Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2015, Wien, 2014, https://www.bmf.gv.at/wirtschaftspolitik/in-oesterreich/DBP_Oktober_2014_final.pdf?4l2ufb.

des nationalen Haushaltsvollzuges die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Konformität des Haushaltes 2015 mit den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sicherzustellen.

"Griss-Kommission"

2. Dezember: Die unabhängige Untersuchungskommission zur transparenten Aufklärung der Vorkommnisse rund um die Hypo Group Alpe-Adria AG ("Griss-Kommission") orte in einem Bericht Fehlentwicklungen und Fehlleistungen auf Landes- und auf Bundesebene. Die rasante Expansion der Bank war nur durch die Landeshaftung möglich, ohne dass das Land Kärnten die damit verbundenen Verpflichtungen hätte erfüllen können. Die verantwortlichen Entscheidungsträger des Bundes unterließen es nach Offenbarwerden der krisenhaften Entwicklung der Bank, die notwendigen Informationen angemessen aufzubereiten, die rechtlichen Rahmenbedingungen ausreichend zu prüfen und strategisch vorzugehen, indem Alternativszenarien entwickelt und darauf aufbauend Entscheidungen getroffen worden wären.

Finanzmarktstabilitätsbericht

15. Dezember: Gemäß dem halbjährlich erscheinenden Finanzmarktstabilitätsbericht der OeNB liegt die kumulierte Kernkapitalquote der österreichischen Finanzinstitute mit 11,8% unter dem internationalen Durchschnitt. Die OeNB rät Banken, in den nächsten Jahren zusätzliches Eigenkapital im Umfang von 5 Mrd. € zu bilden. Das starke Engagement der Finanzinstitute in Südost- und Osteuropa bildet ein beträchtliches Risiko. Die Quote der nichtbedienten Kredite liegt in dieser Region bei 15%, in der Ukraine bei 36%, in Ungarn, Rumänien und Kroatien bei 25%.

Steuerreform-Kommission

16. Dezember: Die Steuerreform-Kommission⁴⁾ übergibt dem Finanzminister und dem SPÖ-Klubobmann ihren Bericht. Unter dem Vorsitz von Univ.-Prof. DDr. Gunter Mayr haben von SPÖ und ÖVP nominierte Expertinnen und Experten Handlungsoptionen für eine Steuerreform einschließlich einer möglichen Gegenfinanzierung ausgearbeitet. Der Bericht dient als Grundlage für anstehende politische Entscheidungen zur Umsetzung einer Steuerreform und zeigt wirtschafts- und sozialpolitische Auswirkungen der verschiedenen Vorschläge sowie deren politische Umsetzbarkeit und finanzielle Auswirkungen auf. Er behandelt die Themen "Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes", "Ausnahme- und Sonderbestimmungen im Einkommensteuergesetz", "Steuertarif und Tarifmodelle", "Steuer und Sozialversicherung", "Internationales Steuerrecht", "Wirtschaft, Standortqualität, Beschäftigung", "Umsatzsteuer", "Maßnahmenpaket gegen Steuerbetrug im B-to-C-Bereich" und "Vermögensbezogene Abgaben". Zur Vereinfachung des Steuerrechtes sowie der Lohnverrechnung schlägt die Steuerreformkommission eine Neukodifizierung des Einkommensteuergesetzes, die Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen für Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge sowie Verringerung der Zahl der Beitragsgruppen von derzeit 496 auf rund 100 vor.

⁴⁾ <http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/RSN38768.pdf>.